



VOX-Analyse März 2024

Nachbefragung und Analyse
zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 3. März 2024

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Tobias Keller: Projektleiter und Teamleader Data Analytics

Corina Schena: Junior Projektleiterin

Alessandro Pagani: Junior Data Scientist

Margret Tschanz: Projektmitarbeiterin/ Administration

Roland Rey: Projektmitarbeiter / Administration

Inhaltsverzeichnis

1	DIE ZENTRALEN BEFUNDE	4
2	DIE BETEILIGUNG	6
3	DIE MEINUNGSBILDUNG	10
3.1	Die Bedeutung der Vorlagen	10
3.2	Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt	10
3.3	Die Informationsgewinnung	11
4	INITIATIVE FÜR EINE 13. AHV-RENTE	14
4.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	14
4.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	15
4.3	Die Motive	19
4.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	21
5	RENTENINITIATIVE	24
5.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	24
5.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	25
5.3	Die Motive	28
5.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	30
6	ANHANG	33
6.1	Technischer Bericht	33
6.2	Über die Studie	37
6.3	gfs.bern-Team	38

1 Die zentralen Befunde

Die Abstimmung am 3. März 2024 stand im Zeichen der AHV: Zum einen gab eine klare Mehrheit an, dass aufgrund der Teuerung eine Dringlichkeit und Notwendigkeit zur Erhöhung der AHV-Beträge bestehe. Zum anderen war aber auch für eine Mehrheit klar, dass dafür nicht länger gearbeitet werden soll. Im Hintergrund steht die Überzeugung, dass langfristig genügend Geld für eine Erhöhung der Renten aus der 1. Säule vorhanden sein muss. Somit wird die Verteilung der Gelder infrage gestellt: Wenn Unterstützungsgelder für die Ukraine, für Entwicklungshilfe im Ausland oder die Bankenrettung möglich sind, dann sollte auch eine 13. AHV-Rente möglich sein. Das Ja zur 13. AHV-Rente kam vor allem dank SP- und Grüne-Sympathisierenden, aber auch Parteiunabhängigen, über 60-Jährigen, Personen mit geringerem Einkommen und der starken Zustimmung aus der lateinisch-sprachigen Schweiz zustande. Eine mögliche Einnahmequelle für eine 13. AHV-Rente hätte die zweite Vorlage bringen können: Die Renteninitiative wurde aber grossmehrheitlich abgelehnt. Von Jung bis Alt und von Links bis Rechts gab es mehrheitliche Nein-Stimmen. Nur FDP-Sympathisierende stimmten mit 51 Prozent knapp mehrheitlich Ja zur Renteninitiative. Die Gründe zur Ablehnung zielen darauf, dass die Stellensuche für über 60-Jährige schwierig ist, ab 65 Jahren nicht mehr gearbeitet werden will und der Automatismus nicht der direktdemokratischen Schweiz entspricht. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'277 Stimmberechtigten der VOX-Analyse März 2024. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Mit viel Unterstützung von «Links» und der älteren Generation das Ja geschafft

13. AHV-Rente

Die Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» will der Teuerung (z.B. steigende Krankenkassenprämien oder Mietzinse) entgegenwirken. Die Vorlage wurde von einer klaren Mehrheit angenommen. Das Ja entstand aufgrund einer klaren Ja-Haltung bei SP- und Grünen-Sympathisierenden sowie bei einer Mehrheit von Personen mit anderen oder keinen Parteipräferenzen. FDP- und GLP-Sympathisierende waren mehrheitlich dagegen. Ausserdem zeigt sich, dass Jüngere tendenziell dagegen waren, Ältere – und insbesondere 60-69-Jährige – grossmehrheitlich dafür. Nur wer sehr hohes Vertrauen in den Bundesrat oder hohes Vertrauen in die Wirtschaft hat, stimmte mehrheitlich Nein.

Das Ziel der Initiative widerspiegelt sich auch in den Gründen der Ja-Stimmenden: Aufgrund der Teuerung ist die Erhöhung der AHV-Rente nötig, insbesondere auch, um solidarisch gegenüber den älteren Generationen zu sein. Rund 10 Prozent der Ja-Stimmenden haben auch angegeben, dass sie Ja gestimmt haben, weil sie selbst davon profitieren. Für eine Mehrheit der Bevölkerung war auch wichtig, dass die 13. AHV-Rente die Rentenlücke für Frauen, die durch nicht entlohnte Pflege- oder Sorgearbeit entsteht, ausbessert. Ausserdem gaben wenige Personen an, dass das Empfehlungsschreiben der Altbundesrätinnen und -bundesräte sie zu einem Ja bewogen hat und nicht zum intendierten Nein, weil die Absender bzw. Absenderinnen die Sorgen einer geringen Rente nicht teilen würden. Nein-Stimmende begründeten ihre Entscheidung damit, dass dadurch Mehrwertsteuer- und Lohnabgabenerhöhungen notwendig werden, die die Mittelschicht schwächen, und mit einer Annahme die Zukunft der AHV aufs Spiel gesetzt wird.

Keine mehrheitliche Zustimmung mit Ausnahme bei FDP-Sympathisierenden Renteninitiative

Die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» fordert eine Erhöhung des Rentenalters von Männern und Frauen zur Sicherung der Finanzierung der AHV. Eine klare Mehrheit der Stimmbevölkerung war dagegen. Nur unter FDP-Sympathisierenden entstand eine knappe Mehrheit von 51 Prozent, die die Vorlage annahm. Dies entsprach auch der Ja-Parole der FDP. Trotz Ja-Parole der SVP stimmten nur 31 Prozent der SVP-Sympathisierenden für die Renteninitiative. Nur gerade 9 Prozent der SP- und Grüne-Sympathisierende stimmten Ja. Somit fiel die Initiative rechts und links mehrheitlich durch.

Die zentralen Argumente dagegen zielten vor allem auf das Gefühl, dass die Initiative unfair und nicht ausgereift ist: Zum Beispiel wurde die Meinung vertreten, dass mit 65 Jahren genügend lange gearbeitet worden ist und dass der Automatismus zu wenig Flexibilität bietet. Ebenfalls wurde kritisiert, dass bereits heute 60-Jährige Mühe haben, eine Stelle zu finden, und dass die soziale Gerechtigkeit nicht mehr gegeben ist, weil sich nur Top-Verdienende frühpensionieren lassen können. Ja-Stimmende betonten hingegen, dass eine Erhöhung des Rentenalters notwendig für die Sicherung der AHV ist und keine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder Lohnbeiträge notwendig ist.

Hohe Mobilisierung der älteren Generation Die Beteiligung

Die Beteiligung am 3. März 2024 ist mit rund 58 Prozent im langjährigen Schnitt überdurchschnittlich. Insbesondere die Älteren gingen vermehrt an die Urne. Die persönliche Bedeutung der beiden Vorlagen lag eher im oberen Mittelfeld, insbesondere die 13. AHV-Rente erzielte mit 7.3 einen hohen Wert. Beide Vorlagen waren für die allermeisten leicht verständlich und die Meinungsbildung fand vergleichsweise früh statt.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 3. März 2024 hatte das Schweizer Stimmvolk über zwei Vorlagen zu entscheiden. Die 13. AHV-Rente und die Renteninitiative.

2 Die Beteiligung

Am 3. März 2024 haben die Schweizer Stimmberechtigten über folgende zwei Vorlagen abgestimmt:

1. Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente) (13. AHV-Rente)»
2. Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»

Die Stimmbeteiligung betrug bei der 13. AHV-Rente rund 58.4 Prozent und bei der Renteninitiative 58.1 Prozent.¹

Die neue Legislatur startet mit einem Abstimmungssonntag mit einer überdurchschnittlichen Beteiligung von über 58 Prozent. Im Vergleich zur letzten Legislatur war die Beteiligung sogar höher als die durchschnittliche Beteiligung im Jahr 2021 (57,2%, Mittelwert von 4 Abstimmungsterminen).

In Tabelle 1 wird die geschätzte Stimmbeteiligung anhand einiger ausgewählter soziodemografischer Merkmale ausgewiesen. Jüngere nehmen in hohem Mass je nach Vorlagen-Interesse teil, während gerade bei älteren Männern die Teilnahme noch als Bürgerpflicht verstanden wird. Das erklärt weiterhin die hohen Unterschiede nach Alter und die insgesamt geringfügigen Unterschiede nach Geschlecht mit. Klar überdurchschnittlich haben sich Männer und Frauen über 65 Jahren beteiligt (81% resp. 73%). Klar unterdurchschnittlich fiel die Stimmbeteiligung in der Altersgruppe der 18- bis 39-jährigen Frauen bzw. Männer aus (je ca. 43%).

Ein akademischer Bildungshintergrund befördert wie üblich die systematische Beteiligung unabhängig vom Interesse an den einzelnen Vorlagen. Dieses Mal zeigt sich aber nur ein schwach signifikanter Unterschied bei der Teilnahme aufgeschlüsselt nach Einkommen. (Tendenz: Je höher das Einkommen ist, desto eher erfolgt eine Teilnahme).

Tabelle 1: geschätzte Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
total	58.4	3237	
Alter			V=.25***
18-29 Jahre	43	405	± 4.8
30-39 Jahre	43	430	± 4.7
40-49 Jahre	53	492	± 4.4
50-59 Jahre	61	641	± 3.8
60-69 Jahre	69	618	± 3.6
70 Jahre und älter	75	651	± 3.3

¹ [Link zu bfs.admin.ch](https://bfs.admin.ch)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Geschlecht			V=.01
Frauen	58	1685	± 2.4
Männer	59	1552	± 2.5
Geschlecht und Alter			V=.26***
Frauen / 18-39	43	435	± 4.7
Männer / 18-39	43	400	± 4.9
Frauen / 40-65	58	783	± 3.5
Männer / 40-65	58	692	± 3.7
Frauen / 65+	73	467	± 4
Männer / 65+	81	460	± 3.6
Bildungsgrad			V=.12***
ohne nachobligatorische Bildung	49	363	± 5.2
berufliche Grundbildung/Berufslehre	54	1031	± 3
Maturität/höhere Berufsbildung	65	801	± 3.3
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	64	903	± 3.1
Haushaltseinkommen			V=0.1***
bis 3'000 CHF	42	161	± 7.7
3'000-5'000 CHF	59	434	± 4.6
5'000-7'000 CHF	60	527	± 4.2
7'000-9'000 CHF	62	482	± 4.3
9'000-11'000 CHF	58	434	± 4.7
über 11'000 CHF	63	729	± 3.5

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%). Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Standardfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Die politische Orientierung und die politische Bindung sind von grösserer Bedeutung als die soziodemographischen Hintergründe der Befragten, um die Mobilisierung zu erklären (Tabelle 2).

Auf den ersten Blick zeigt die Mobilisierung nach den politischen Lagern nur geringe Auffälligkeiten: Personen, die sich linksausen oder links einstufen, waren tendenziell stärker mobilisiert als Personen aus der Mitte oder rechts und rechtsausen. Ähnlich dazu verteilt sich die Mobilisierung nach Parteisympathie. Am stärksten ein gewisses politisches Profil lässt sich anhand der Variable Parteisympathie erkennen: Die Sympathisierenden von Grünen (79%), FDP (72%), GLP (70%) und SP (69%) wurden am

stärksten mobilisiert, gefolgt von den Sympathisierenden der Mitte (65%). 55 Prozent des Stimmvolks gab an, am meisten Sympathien für die SVP zu haben. Ausserdem zeigt sich, dass mit höherem politischen Interesse eine wahrscheinlichere Abstimmungsteilnahme einhergeht. Die Mobilisierung war weitgehend unabhängig davon, ob man der Regierung vertraut oder misstraut.

Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	58.4	3237	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.13***
linksaussen (0-2)	75	356	± 4.5
links (3,4)	61	608	± 3.9
Mitte (5)	55	809	± 3.4
rechts (6,7)	67	628	± 3.7
rechtsaussen (8-10)	60	431	± 4.6
Parteisympathie			V=.22***
SVP	55	619	± 3.9
FDP	72	443	± 4.2
Die Mitte	65	364	± 4.9
GLP	70	209	± 6.2
SP	69	533	± 3.9
Grüne	79	194	± 5.7
andere Partei	60	168	± 7.4
keine	40	352	± 5.1
Politisches Interesse			V=.45***
sehr interessiert	84	574	± 3
eher interessiert	72	1653	± 2.2
eher nicht interessiert	35	789	± 3.3
überhaupt nicht interessiert	16	177	± 5.4
Vertrauen in den Bundesrat			V=.02
sehr gering bis gering (0-4)	58	546	± 4.1
mittel (5)	61	748	± 3.5
hoch (6-7)	61	814	± 3.4
sehr hoch (8-10)	61	956	± 3.1

Wie an vielen Abstimmungen gab das Gros der Stimmbevölkerung, die nicht abgestimmt hat, an, dass sie vergessen haben teilzunehmen (31%) resp. verhindert waren (28%). 15 Prozent gaben an, dass sie sich nicht entscheiden konnten. Jeweilig 7 Prozent denken, dass Abstimmungen an sich keinen Unterschied machen oder dass es auf eine einzelne Stimme nicht ankommt und nehmen aus Prinzip nie teil. 6 Prozent geben an, dass einerseits für sie das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist, dass andererseits die Vorlage zu komplex war und dass drittens das Thema sie nicht interessiert hat. 4 Prozent misstrauen den demokratischen Strukturen.

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)	N
Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen	31	202
Ich war verhindert	28	157
Ich konnte mich nicht entscheiden	15	87
Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern	7	48
Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil	7	44
Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt	7	44
Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist	6	34
Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert	6	36
Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert	6	34
Ich misstrau demokratischen Prozessen	4	27
weiss nicht / keine Angabe	6	39

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 615. Mehrfachnennungen waren möglich.

3 Die Meinungsbildung

3.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Die befragten Personen wurden gebeten, die Bedeutung jeder Vorlage für sie persönlich anzugeben (Tabellen 4 und 5). Im Mittel betrug diese auf einer Skala von 0-10 für die 13. AHV-Rente 7.3 und für die Renteninitiative 6.6. Damit war die 13. AHV-Rente die wichtigere Vorlage beim Stimmvolk. Im Vergleich zu anderen Abstimmungen ist die persönliche Bedeutung ähnlich hoch wie z.B. beim Transplantationsgesetz (7.4) oder bei der Massentierhaltungsinitiative (6.7). Die höchste persönliche Bedeutung erreichte in der vorherigen Legislatur die COVID-19-Abstimmung im November 2021 mit 8.8.

Tabelle 4: persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	13. AHV-Rente		Renteninitiative	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	7	168	10	230
gering (2-4)	9	207	11	262
mittel (5)	9	227	11	269
hoch (6-8)	33	845	34	812
sehr hoch (9-10)	42	1056	33	840
Mittelwert (total)	7.3	2503	6.6	2413

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Die Verständnisschwierigkeiten bei beiden Vorlagen waren eher gering. Für 92 Prozent der Stimmbevölkerung war die 13. AHV-Rente «eher leicht» zu verstehen, und für 84 Prozent gilt dies ebenfalls in Bezug zur Renteninitiative. Es war damit für fast alle Befragten einfach zu verstehen, um was es bei den beiden Initiativen ging.

Tabelle 5: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	13. AHV-Rente		Renteninitiative	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	92	2258	84	1968
eher schwer	8	217	16	365
N (total)		2475		2333

Die Befragten gaben an, wann sie sich für ein Ja oder Nein entschieden haben (Tabelle 6). Bei der 13. AHV-Rente gaben 67 Prozent an, von Anfang an entschieden gewesen zu sein, 27 Prozent entschieden sich erst im Abstimmungskampf und 6 Prozent im letzten Moment. Bei der Renteninitiative ergibt sich ein ähnliches Bild: 70 Prozent wussten von Anfang an, wie sie stimmen werden, 24 Prozent haben diesen Entscheid während des Abstimmungskampfes getroffen, und 6 Prozent taten dies im letzten Moment. Somit haben bei beiden Initiativen rund zwei Drittel von Anfang an gewusst, wie sie stimmen werden, und rund ein Viertel hat diesen Wissensstand während des Abstimmungskampfes erreicht. Nur wenige haben diesen Entscheid bis zum letzten Moment hinausgeschoben.

Tabelle 6: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	13. AHV-Rente			
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	67	1671	70	1648
während Abstimmungskampf	27	658	24	582
im letzten Moment	6	169	6	160
N (total)		2498		2390

3.3 Die Informationsgewinnung

Die Informationskanäle, mit denen sich die Stimmenden über die Abstimmungsvorlagen informiert haben, entsprechen grundsätzlich dem Bild vorhergehender Abstimmungen (Tabelle 7). Zum einen wird der Anteil der Nutzenden angegeben, zum anderen die Intensität (Skala: 1-10), mittels der diese sich mit diesem Medium informiert haben.

Artikel in Zeitungen (81%), das Bundesbüchlein (76%) und Abstimmungssendungen im Fernsehen (72%) waren wie meistens die drei zentralen Informationskanäle, um sich über die Vorlagen zu informieren. Diese Quellen wurden mit Mittelwerten von 6.2 bis 6.5 auch intensiver als alle übrigen beachtet.

Untypisch ist, dass das Bundesbüchlein auf Platz 2 rangiert und entsprechend weniger oft genutzt wurde als Artikel in Zeitungen. Hierbei gibt es zwei Auffälligkeiten: Zum einen betraf die Berichterstattung zur 13. AHV-Rente eine derjenigen Vorlagen, die im Zeitraum seit Herbst 2018 am meisten medial thematisiert wurde (752 Medienartikel). Keine andere der bisherigen 46 Vorlagen erhielt so viel mediale Beachtung.² Zum anderen zeigt sich auch, dass Ja-Stimmende signifikant weniger oft das Bundesbüchlein genutzt haben (77%) als Nein-Stimmende (83%).

News-Seiten im Internet sowie Abstimmungszeitungen oder Flyers folgen mit Nutzungsanteilen zwischen 59 und 66 Prozent. Leserbriefe oder Leserkommentare, Inserate

² vgl. [Abstimmungsmonitor vom 3. März 2024](#) (Letzter Zugriff: 09.04.2024)

in Zeitungen, Meinungsumfragen oder Strassenplakate wurden noch von (mehr) als der Hälfte der Stimmbevölkerung genutzt.

Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen, Mitteilungen am Arbeitsplatz sowie Videoclips in sozialen Medien und Filme wurden von etwa 29–38 Prozent genutzt. Soziale Medien nutzten 32 Prozent. Die Vote-Info-App wurde noch etwas weniger beachtet (28%), aber dann mit vergleichsweise hoher Intensität genutzt (5.2).

Tabelle 7: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
Artikel in Zeitungen	81	6.5	2113
das Bundesbüchlein	76	6.3	2023
Abstimmungssendungen am Fernsehen	72	6.2	1904
News-Seiten im Internet	66	5.5	1729
Abstimmungssendungen am Radio	61	5.5	1655
Abstimmungszeitungen oder Flyers	59	4.6	1567
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	58	4.8	1485
Inserate in Zeitungen	52	3.9	1395
Meinungsumfragen	52	4.2	1323
Strassenplakate	50	3.4	1324
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	42	4.6	1138
Mitteilungen am Arbeitsplatz	38	4.3	1001
Soziale Medien wie Facebook, Twitter/X oder Instagram	32	4.4	883
Filme und Videoclips im Internet, zum Beispiel auf YouTube	29	4.1	801
VoteInfo-App vom Bund	28	5.2	755

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte ("Nutzungsanteil in %") gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweiligen Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte ("Nutzungsintensität") informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. Total: n = 2'622.

Die grundsätzliche Mediennutzung hat sowohl bei der 13. AHV-Rente wie auch bei der Renteninitiative keinen Zusammenhang mit der Richtung der Stimmabgabe.

Tabelle 8: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	13. AHV-Rente			Renteninitiative		
	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler
online (über das Internet)	54	476	± 4.5	25	457	± 4
beides etwa gleich	61	905	± 3.2	24	877	± 2.8
offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio)	57	1042	± 3	26	1017	± 2.7
N (total) / Cramér's V		2423	V=.05		2351	V=.02

Gewichtete Resultate. Lesebeispiel: Von allen, die als Kommunikationskanal "online" angegeben und bei der 13. AHV-Rente abgestimmt haben, stimmten 54 Prozent Ja zur 13. AHV-Rente.

4 Initiative für eine 13. AHV-Rente

4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Der schweizerische Gewerkschaftsbund reichte am 28. Mai 2021 mit 101'793 gültigen Unterschriften die Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» ein. Die Initiative will die AHV um eine 13. monatliche Rente erhöhen, ohne dass die Ergänzungsleistungen gekürzt oder der Anspruch darauf angepasst werden darf. Die Zusatzkosten für die AHV würden sich bei der Einführung auf etwa 4.1 Milliarden Franken und nach 5 Jahren voraussichtlich auf rund 5 Milliarden Franken jährlich belaufen. Die Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben ist in der Initiative nicht geregelt und muss vom Parlament bestimmt werden.

Das Initiativkomitee will mit der 13. AHV-Rente der Teuerung und den steigenden Krankenkassenprämien und Mietzinsen entgegenwirken. Sie soll die Situation der Rentner:innen verbessern und eine anständige Rente sichern. Mit der Erhöhung der 1. Säule, soll der Zerfall der 2. Säule ausgeglichen werden. Auch unbezahlte Betreuungsarbeit werde mit der 13. AHV-Rente mitgedacht. Rentenlücken insbesondere bei Frauen werden damit effektiv korrigiert.

Bundesrat und Parlament sprechen sich gegen die Initiative aus, ohne einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Die zusätzlichen Kosten würden die AHV finanziell stark belasten und deren Stabilität gefährden. Die Finanzierung ginge auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung durch erhöhte Lohnabzüge oder eine Verkleinerung der Kaufkraft durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Ausserdem würden viele Pensionierte eine 13. AHV-Rente erhalten, obwohl sie darauf nicht angewiesen sind. Für die fehlende Deckung des Existenzbedarfs können Ergänzungsleistungen bezogen werden.

Die Ja-Parole wird von der SP und den Grünen ergriffen. Alle anderen grösseren Parteien setzen sich für ein Nein ein. Die Initiative wird am 3. März 2024 mit 58.2 Prozent der Stimmbevölkerung und 15 Standesstimmen angenommen. Besonders hoch war der Ja-Anteil in der Westschweiz und im Tessin. In der Zentral- und Ostschweiz lehnten die meisten Kantone die Initiative ab (LU, ZG, UR, OW, NW, SZ, SG, TG, AI und AR). Die Neuerungen treten 2026 in Kraft.

4.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

DIE POLITISCHEN EINSTELLUNGEN liefern Hinweise, weshalb die 13. AHV-Rente deutlich angenommen wurde (Tabelle 9).

INSGESAMT zeigt sich eine klare Unterscheidung zwischen links und rechts respektive den entsprechenden Parteisympathien. Zum Beispiel haben Personen, die sich «linksausser» einstufen, die Vorlage zu 87 Prozent angenommen und Personen von «rechts» die Vorlage abgelehnt (38% Ja-Anteil). Sehr ähnlich zeigt sich dies bei der Parteisympathie: 89 Prozent der SP-Sympathisierenden haben die Vorlage angenommen, jedoch nur 28 Prozent der FDP-Sympathisierenden. Auch wer den Gewerkschaften mindestens mittel-mässig vertraut, hat mehrheitlich zugestimmt. (Zum Beispiel lag bei denjenigen mit sehr hohem Vertrauen der Ja-Anteil bei 82 Prozent.) Schliesslich gibt es noch eine klare Unterscheidung hinsichtlich denjenigen, die sich einen stark ausgebauten Sozialstaat wünschen und denjenigen, die das nicht wünschen. Personen mit dem Wunsch nach einem stark ausgebauten Sozialstaat haben mit 74 Prozent Ja gestimmt, während diejenigen, die diesen Wunsch nicht teilen, nur mit 35 Prozent Ja gestimmt haben.

Im **DETAIL** war für den hohen Ja-Anteil wesentlich, dass «links» und «linksausser» sehr klar Ja gestimmt haben und Mitte-rechts eher gespalten war: Im **POLITISCHEN LINKS-RECHTS-SPEKTRUM** zeigt sich ein Ja-Anteil von 87 Prozent «linksausser» und 70 Prozent bei «links». Mitte-rechts war eher gespalten: Diejenigen, die sich in der Mitte einstufen, stimmten mit 56 Prozent Ja. «rechts» stimmte mit 38 Prozent und «rechtsausser» mit 42 Prozent jeweils Ja.

Hinsichtlich der **PARTEISYMPATHIEN** ergibt sich ein ähnliches Bild: Sympathisierende der SP haben mit 89 Prozent Ja gestimmt. Grüne-Sympathisierende haben mit 79 Prozent ebenfalls grossmehrheitlich Ja gestimmt. Gespalten zeigten sich die Sympathisierenden der Mitte (53% Ja-Anteil) und der SVP (47% Ja-Anteil). Mehrheitlich dagegen haben Sympathisierende der GLP (36% Ja-Anteil) und der FDP (28% Ja-Anteil) gestimmt. Diejenigen mit Sympathien für eine andere Partei haben mit 50 Prozent Ja gestimmt und diejenigen, die keiner Partei Sympathien entgegenbringen, haben mit 73 Prozent Ja gestimmt.

In Bezug auf das **VERTRAUEN** gibt es einen Zusammenhang zwischen Vertrauen in Gewerkschaften zum einen, in private Banken in der Schweiz und Kantonalbanken zum anderen und in Pensionskassen zum dritten. Abstimmende mit einem mittleren bis hohem Vertrauen in die Gewerkschaften haben (klar) mehrheitlich Ja gestimmt. Nur bei (sehr) geringem Vertrauen in die Gewerkschaften lag der Ja-Anteil unter der Hälfte (39%). Wer hingegen (sehr) hohes Vertrauen in private Banken inkl. Kantonalbanken sowie in Pensionskassen aufbringt, hat mehrheitlich Nein gestimmt (Ja-Anteil 47-49%). Geringes oder mittleres Vertrauen in diese Akteure hat eher zu einem hohen Ja-Anteil geführt.

WERTEHALTUNGEN können das Stimmverhalten ebenfalls miterklären: Wer sich eine Schweiz mit einem stark ausgebauten Sozialstaat wünscht, hat eher Ja gestimmt (74%). Wer dies hingegen nicht wünscht oder eine gemischte Werthaltung dazu hat, hat eher Nein gestimmt (35% resp. 46%). Gleiches gilt für Personen, die höhere Steuern auf hohe Einkommen wünschen: Ja-Anteil von 70 Prozent bei denjenigen, die diese Werthaltung

teilen, jedoch ein tiefer Ja-Anteil (40% resp. 42%) bei gegenteiliger oder gemischter Meinung.

Tabelle 9: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
total	58.3	2560	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.35***
linksaussen (0-2)	87	308	± 3.7
links (3-4)	70	499	± 4
Mitte (5)	56	637	± 3.9
rechts (6-7)	38	524	± 4.2
rechtsaussen (8-10)	42	342	± 5.2
Parteisympathie			V=.42***
SVP	47	477	± 4.5
FDP	28	381	± 4.5
Die Mitte	53	311	± 5.6
GLP	36	181	± 7
SP	89	460	± 2.8
Grüne	79	170	± 6.2
andere Partei	50	132	± 8.6
keine	73	243	± 5.6
Vertrauen in Gewerkschaften			V=.33***
sehr gering bis gering (0-4)	39	838	± 3.3
mittel (5)	63	540	± 4.1
hoch (6-7)	68	548	± 3.9
sehr hoch (8-10)	82	406	± 3.8
Private Banken in der Schweiz und Kantonalkassen			V=.19***
sehr gering bis gering (0-4)	69	788	± 3.2
mittel (5)	63	597	± 3.9
hoch (6-7)	49	545	± 4.2
sehr hoch (8-10)	47	511	± 4.3
Vertrauen in Pensionskassen			V=.18***
sehr gering bis gering (0-4)	69	640	± 3.6
mittel (5)	62	634	± 3.8
hoch (6-7)	50	607	± 4
sehr hoch (8-10)	48	510	± 4.3

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Wertehaltung: A) eine Schweiz mit einem stark ausgebauten Sozialstaat oder B) eine Schweiz mit einem gering ausgebauten Sozialstaat			V=.32***
stark ausgebauter Sozialstaat	74	1227	± 2.5
gemischte Wertehaltung	46	873	± 3.3
gering ausgebauter Sozialstaat	35	298	± 5.4
Wertehaltung: A) eine Schweiz, in der die Steuern auf hohe Einkommen erhöht werden, oder B) eine Schweiz, in der die Steuern auf hohe Einkommen vermindert werden			V=.28***
Steuern auf hohe Einkommen erhöhen	70	1398	± 2.4
gemischte Wertehaltung	42	707	± 3.6
Steuern auf hohe Einkommen vermindern	40	287	± 5.7

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 10) zeigen verschiedene signifikante Unterschiede, wobei gemäss Cramérs V die Unterschiede bei den Merkmalen **ALTER**, **BILDUNGSGRAD**, **BESCHÄFTIGUNGSGRAD** und **HAUSHALTSEINKOMMEN**. (sehr) schwach sind.

Aufgeschlüsselt nach **ALTER** zeigt sich, dass jüngere Personen (18–39 Jahre) mehrheitlich Nein gestimmt haben (Ja-Anteile zwischen 46–47%). 40-Jährige und Ältere hingegen haben mehrheitlich Ja gestimmt (zwischen 56–75%). Auffällig ist, dass diejenigen im Alter zwischen 60–69 Jahren grossmehrheitlich Ja gestimmt haben (75%), 70jährige und Ältere hingegen ähnlich oft wie 50–59-Jährige (mit einem Ja-Anteil von rund 59 Prozent).

Personen mit kurzer formaler **BILDUNG** haben häufiger Ja gestimmt als diejenigen mit langer formaler Bildung. Insgesamt haben jedoch Personen in allen Bildungsgruppen mehrheitlich Ja gestimmt. Die gleichen Unterschiede zeigen sich auch beim **HAUSHALTSEINKOMMEN**: Je tiefer das Haushaltseinkommen liegt, desto höher befindet sich der Ja-Anteil. Zum Beispiel ist einem Haushaltseinkommen bis CHF 3'000 ein Ja-Anteil von 73% zugeordnet, wohingegen der Ja-Anteil bei Personen mit einem Einkommen über CHF 11'000 46 Prozent beträgt und Stimmende dieser Einkommenskategorie mehrheitlich dagegen gestimmt haben.

Hinsichtlich des **BESCHÄFTIGUNGSGRAD** zeigt sich, dass diejenigen mit einer Vollzeitbeschäftigung (90–100%) und diejenigen welche Teilzeit unter 50 Prozent arbeiten am seltensten Ja gestimmt haben (55–58%). Diejenigen die Teilzeit zwischen 50–89 Prozent arbeiten, haben öfter Ja gestimmt (61–69%).

Tabelle 10: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
total	58.3	2560	
Alter			V=0.18***
18-29 Jahre	47	258	± 6.1
30-39 Jahre	46	281	± 5.8
40-49 Jahre	56	372	± 5.1
50-59 Jahre	58	524	± 4.2
60-69 Jahre	75	541	± 3.7
70 Jahre und älter	59	584	± 4
Geschlecht			V=.04
Frauen	60	1316	± 2.6
Männer	56	1244	± 2.8
Bildungsgrad			V=0.1***
ohne nachobligatorische Bildung	69	278	± 5.5
berufliche Grundbildung/Berufslehre	61	794	± 3.4
Maturität/höhere Berufsbildung	57	660	± 3.8
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	52	741	± 3.6
Beschäftigungsgrad			V=.11***
Vollzeit (90-100%)	55	1555	± 2.5
Teilzeit zwischen 70% und 89%	69	374	± 4.7
Teilzeit zwischen 50% und 69%	61	325	± 5.3
Teilzeit weniger als 50%	58	175	± 7.3
Haushaltseinkommen			V=.17***
bis 3'000 CHF	73	112	± 8.3
3'000-5'000 CHF	63	344	± 5.1
5'000-7'000 CHF	66	422	± 4.5
7'000-9'000 CHF	62	392	± 4.8
9'000-11'000 CHF	56	348	± 5.2
über 11'000 CHF	46	612	± 4

4.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 11) lassen sich in drei Überkategorien gliedern: "Dringlichkeit/Notwendigkeit" (33% aller Erstnennungen, 55% aller Nennungen), "Solidarität/Gerechtigkeit" (30% resp. 55%) und "persönliche Gründe" (15% resp. 22%).

Am häufigsten gaben Personen unter der Sammelkategorie **DRINGLICHKEIT/NOTWENDIGKEIT** konkret als Ja-Motiv an, dass es ein nötiger Ausgleich für die Teuerung sei (15% aller Erstnennungen, 25% aller Nennungen). Ebenfalls von Bedeutung in dieser Kategorie ist die Meinung, dass die AHV die Existenz sichern muss (14% resp. 21%). Für Einzelne war ebenfalls wichtig, dass dies ein nötiger Ausgleich für den Zerfall der 2. Säule ist (1% resp. 3%).

Die zweite Kategorie bezieht sich vor allem auf die **SOLIDARITÄT/GERECHTIGKEIT**. Dabei ist den Personen wichtig, dass die Gesellschaft sich solidarisch gegenüber älterer Generationen zeigt (z.B. hinsichtlich der Würde im Alter) (11% aller Erstnennungen, 15% aller Nennungen). Ebenfalls war zentral, dass die AHV die solidarischste Altersvorsorge ist, wovon Geringverdienende am meisten profitieren (8% resp. 14%). Im weiteren wurde genannt, dass in vielen anderen Bereichen ebenfalls Geld gesprochen wird, weshalb es auch für die Pensionierten reichen muss (5% resp. 12%).

Als drittes Argument folgt der Bezug zu explizit **PERSÖNLICHEN GRÜNDEN**: Befragte nannten den erstens den persönlichen Profit (8% aller Erstnennungen, 11% aller Nennungen), zweitens dass Bekannte darauf angewiesen sind (2% resp. 4%) und drittens dass es um ihr Überleben geht (3% resp. 4%).

Tabelle 11: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Dringlichkeit/Notwendigkeit	33	483	55	778
nötiger Ausgleich für Teuerung, steigende Fixkosten usw.	15	229	25	352
AHV muss Existenz sichern	14	204	21	300
nötiger Ausgleich für den Zerfall der 2. Säule	1	17	3	44
Solidarität/Gerechtigkeit	30	405	55	723
Solidarität mit/Würde für die ältere Generation	11	153	15	220
AHV ist die solidarischste Altersvorsorge/Geringverdienende profitieren am meisten	8	112	14	186
in anderen Bereichen spricht man Geld, also muss es für unsere Pensionierten auch reichen	5	61	12	150
Persönliche Gründe	15	237	22	344
ich profitiere davon	8	136	11	178
Bekannte von mir sind darauf angewiesen	2	34	4	57
ich muss überleben	3	38	4	54

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	6	92	17	255
Anderes	0	4	1	11
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	1	0	4
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	1	8	2	22
weiss nicht / kein Grund angegeben	16	267	55	907

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

Die **NEIN-MOTIVE** bei der 13. AHV-Rente können in drei Kategorien aufgeteilt werden: "unfaire Verteilung" (37% aller Erstnennungen resp. 86% aller Nennungen), "Finanzierung" (46% resp. 74%) und "persönliche Gründe" (3% resp. 4%).

Im Zentrum für das Nein unter dem Aspekt der **UNFAIREN VERTEILUNG** stand die Kritik am Giesskannenprinzip (16% aller Erstnennungen, 36% aller Nennungen). Ausserdem wurde oft genannt, dass die Vorlage unsolidarisch gegenüber der jungen Generation ist (14% resp. 26%) und dass die 13. AHV-Rente nicht zielgerichtet ist, wohingegen eine Erhöhung der Ergänzungsleistungen vorzuziehen ist (5% resp. 14%).

Wer mit Bezug zu **FINANZIERUNG** sein Nein begründete, betonte, dass die Finanzierung nicht definiert und unsicher ist (31% resp. 42%). Ausserdem wurde erwähnt, dass die 13. AHV-Rente extrem teuer ist (7% resp. 11%) oder dass die Zukunft der AHV aufs Spiel gesetzt wird (3% resp. 9%).

PERSÖNLICHE GRÜNDE, nämlich dass es keine 13. AHV-Rente braucht respektive ihre finanziellen Folgen nicht den Kindern/Enkeln aufgebürdet werden sollen, wurden nur selten explizit genannt (ca. 1-2 % aller Nennungen). Im Vergleich zu den entsprechenden Ja-Gründen (z.B. dass direkt profitiert wird mit ca. 11% aller Nennungen) wurde diese Argumentationslinie sehr viel seltener bei den Nein-Gründen angegeben.

Tabelle 12: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Unfaire Verteilung	37	377	86	844
Giesskannen-Prinzip (es profitieren auch diejenigen, die es nicht nötig haben)	16	178	36	353
unsolidarisch ggü. der jungen Generation	14	120	26	243
13. AHV ist nicht zielgerichtet/besser Ergänzungsleistungen erhöhen	5	50	14	149

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Finanzierung	46	487	74	772
Finanzierung ist nicht definiert/unsicher	31	326	42	454
extrem teuer/Die Schweiz kann sich eine 13. AHV nicht leisten	7	64	11	108
Zukunft der AHV wird aufs Spiel gesetzt	3	37	9	87
Persönliche Gründe	3	26	4	43
brauche keine 13. AHV (o.ä.)	1	8	2	21
ich will das meinen Kindern/Enkeln finanziell nicht aufbürden	1	10	1	11
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	3	27	6	54
Anderes	1	13	3	36
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	0	0	4
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	0	5	1	10
weiss nicht / kein Grund angegeben	9	128	49	581

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten notierten. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

Medial stark diskutiert wurde ein **EMPFEHLUNGSSCHREIBEN VON ALTBUNDESRÄTEN UND -BUNDESRÄTINNEN**, die ein Nein empfohlen haben. Bei den offenen Antworten wurde von 28 Personen dieser Brief als Hauptgrund für ein Ja angegeben (als reaktionäres Verhalten auf den Brief also) und von 37 Personen als Zusatz-Grund (total: 65 Nennungen). Im Vergleich dazu wurde das Schreiben von 4 Personen als Grund für ein Nein angegeben.

4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden auch verschiedene Pro- und Kontra-Argumente zur Beurteilung vorgelegt (Tabelle 13). Relevant für die Analyse dieser Argumente ist nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmenscheide fielen inhaltlich vergleichsweise sehr fundiert aus³: 85 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten im Durchschnitt einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt. Der Grund

³ [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

für den vergleichsweise tiefen Wert ist, dass die Nein-Stimmenden auch den Ja-Argumenten mehrheitlich zustimmten.

INSGESAMT fokussieren die überzeugenden Pro-Argumente vor allem auf die Teuerung sowie auch auf die Rentenlücke der Frauen.

IM DETAIL überzeugten alle drei **PRO-ARGUMENTE** eine Mehrheit der Ja-Stimmenden, nur eines aber auch eine Mehrheit der Nein-Stimmenden. Fast alle Ja-Stimmenden (95%) stimmen dem Argument zu, dass sich die finanzielle Lage der Rentnerinnen und Rentner aufgrund der Teuerung verbessern muss. Auch 55 Prozent der Nein-Stimmenden stimmen diesem Argument zu. Ebenfalls eine Mehrheit der Ja-Stimmenden stimmen dem Argument zu, dass die 13. AHV-Rente die Rentenlücke der Frauen, die aufgrund nicht entlohnter Arbeit entstanden ist, ausbessert. Nein-Stimmende sehen das aber mehrheitlich anders (52% nicht einverstanden). Dass die 13. AHV-Rente den Zerfall der 2. Säule auszugleichen vermag, fanden rund zwei Drittel der Ja-Stimmenden (64%). Gerade einmal 21 Prozent der Nein-Stimmenden sehen das ebenfalls so.

Keines der drei **KONTRA-ARGUMENTE** konnte eine Mehrheit im Stimmvolk überzeugen, jedoch waren zwei sehr stark im Einklang mit der Meinung der Nein-Stimmenden: 82 Prozent der Nein-Stimmenden stimmen dem Argument zu, dass die Initiative zu höheren Mehrwertsteuern und Lohnabgaben führt, was der Mittelschicht finanziell schadet. Fast ebenso viele Nein-Stimmende sind damit einverstanden, dass mit der Vorlage die Zukunft der Rentenversicherung aufs Spiel gesetzt wird. Bei beiden Argumenten sind zwei Drittel und deutlich mehr der Ja-Stimmenden anderer Meinung. Das Argument, dass die 13. AHV-Rente eine unfaire Verteilung ist und soziale Ungleichheiten verstärkt, erhielt von 62 Prozent der Nein-Stimmenden Zuspruch, jedoch waren rund ebenso viele der Ja-Stimmenden gegenteiliger Meinung (61%).

Tabelle 13: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Es ist wichtig die finanzielle Lage der Rentnerinnen und Rentner zu verbessern, da vieles wie zum Beispiel Mieten oder Krankenkassenprämien teurer geworden sind, während die Renten stagnieren.	total	78	17	5
	Ja-Stimmende	95	2	3
	Nein-Stimmende	55	39	7
Durch die 13. AHV-Rente wird die Rentenlücke für Frauen, die durch nicht entlohnte Pflege- und Sorgearbeit entsteht, ausgebessert.	total	57	30	14
	Ja-Stimmende	74	14	12
	Nein-Stimmende	33	52	15
Da immer mehr in die 2. Säule eingezahlt wird, aber immer weniger daraus ausbezahlt werden kann, gleicht eine 13. AHV-Rente den Zerfall der 2. Säule aus und so die Altersvorsorge insgesamt.	total	46	38	17
	Ja-Stimmende	64	22	14
	Nein-Stimmende	21	60	19
Kontra-Argumente				
Durch die Initiative entstehen höhere Mehrwertsteuern und Lohnabgaben, was einem direkten Angriff auf die Lebensqualität der Mittelschicht bedeutet.	total	48	44	8
	Ja-Stimmende	24	67	9
	Nein-Stimmende	82	13	5
Die unfaire Verteilung der Zusatzrente verstärkt soziale Ungleichheiten, indem sie die Reichen bevorzugt und die Bedürftigen vernachlässigt.	total	42	46	12
	Ja-Stimmende	28	61	11
	Nein-Stimmende	62	26	12
Die finanzielle Belastung dieser Initiative riskiert die Zukunft unserer Rentenversicherung und setzt das Wohl kommender Generationen aufs Spiel.	total	40	53	7
	Ja-Stimmende	9	84	7
	Nein-Stimmende	83	12	5

Es handelt sich um gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 78 Prozent aller Stimmenden (sowie 95% aller Ja-Stimmenden bzw. 55% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass es wichtig ist, die finanzielle Lage der Rentnerinnen und Rentner zu verbessern, da vieles wie z.B. Mieten oder Krankenkassenprämien teurer geworden sind, während die Renten stagnieren. 17 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 5 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente: Total 2'622 Ja-Stimmende 1'497, Nein-Stimmende 1'063.

5 Renteninitiative

5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Jungfreisinnigen wollten mit ihrer Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» die Erhöhung des Rentenalters von Männer und Frauen bis 2033 schrittweise auf 66 Jahre. Danach sollte das Rentenalter an die durchschnittliche Lebenserwartung gekoppelt werden und weiter steigen. Mit der Initiative soll die Finanzierung der AHV gesichert werden. Sie wurde am 16. Juli 2021 mit 107'049 gültigen Unterschriften eingereicht.

Durch die sinkende Geburtenrate und dadurch, dass die Babyboomer-Generation pensioniert wird, finanzieren immer weniger Erwerbstätige die AHV-Renten von immer mehr Pensionierten. Die Initiant:innen wollten mit der Renteninitiative die 1. Säule stabilisieren ohne Rentenkürzungen, zusätzliche Steuern oder höhere Lohnabgaben. Mit der Erhöhung des Rentenalters würde zudem dem Fachkräftemangel entgegengewirkt, und es könnte die Zuwanderung gebremst werden. Neben der FDP unterstützte auch die SVP die Initiative.

Bundesrat und Parlament lehnten die Renteninitiative ab, ebenfalls ohne Gegenvorschlag. Sie kritisierten insbesondere den Automatismus, der das Rentenalter an die Lebenserwartung bindet und der durch die Initiative in der Verfassung verankert sein würde. Er sei zu starr und liesse keine politische Diskussion zu. Die Gegner:innen argumentierten zudem, dass die Initiative unsozial sei, da Gutverdienende sich immer noch frühpensionieren könnten, während es bei niedrigen und mittleren Einkommen nicht möglich wäre. Ausserdem wären viele nicht in der Lage über 65 hinaus zu arbeiten, und es würde die Langzeitarbeitslosigkeit bei älteren Menschen verstärkt werden. Von Links bis Mitte wurde die Initiative abgelehnt: SP, Grüne, GLP und die Mitte fassten die Nein-Parole.

Die Renteninitiative wurde am 3. März 2024 deutlich abgelehnt: 74.7 Prozent der Stimmbevölkerung und alle Kantone sagten Nein zu einem höheren Rentenalter.

5.2 Der Stimmenscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

INSGESAMT gibt es nur eine Untergruppe des Stimmvolks, die mehrheitlich für die Renteninitiative gestimmt hat: FDP-Sympathisierende (51%). Ansonsten haben Personen von links bis rechts», von jung bis alt, von einkommensschwach bis einkommensstark grossmehrheitlich dagegen gestimmt.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass links das Nein stärker war als rechts. 8 Prozent von linksausen haben Ja gestimmt, 16 Prozent von links und 26 Prozent aus der Mitte. Rechts haben 38 Prozent Ja gestimmt und rechtsausen 36 Prozent. Damit konnte sich die Renteninitiative gemäss der Aufschlüsselung von links bis rechts nirgends durchsetzen.

Die **PARTEIPRÄFERENZEN** zeigen ein ähnliches Bild mit einer Ausnahme: FDP-Sympathisierende haben mit 51 Prozent der Renteninitiative zugestimmt. Ebenfalls einige Sympathien erhielt die Vorlage von der GLP (40 % Ja-Anteil). Ansonsten fiel die Idee auf wenig Sympathie: SVP-Sympathisierende stimmten mit 31 Prozent Ja, die Mitte-Sympathisierende mit 22 Prozent. Gerade Mal 9 Prozent der SP- und der Grüne-Sympathisierenden stimmten ebenfalls Ja. Personen mit anderen oder keinen Partei-Sympathien stimmten zu 27 Prozent respektive 19 Prozent Ja.

Der Ja-Anteil korreliert auch mit dem **VERTRAUEN** in verschiedenen Institutionen, wobei keine Untergruppe mehrheitlich Ja gestimmt hat: Je eher eine Person Vertrauen in Wirtschaftsverbände hat, desto eher hat diese Person Ja gestimmt. Der grösste Anteil Ja-Stimmen kamen von Personen mit «sehr hohem» Vertrauen in Wirtschaftsverbände (42%). Gerade umgekehrt verhält es sich mit dem Vertrauen in Gewerkschaften. Je höher das Vertrauen in Gewerkschaften, desto unwahrscheinlich war ein Ja. Wer sehr hohes Vertrauen in Gewerkschaften hat, der hat sehr wahrscheinlich Nein gestimmt (10 % Ja-Anteil).

In Bezug auf die Werthaltungen sieht es ähnlich aus: Wer eine Schweiz mit mehr Wettbewerb, im Vergleich zu mehr Staatseingriffen, wünscht, hat eher Ja gestimmt: Ja-Anteil von 39 Prozent, im Vergleich zum Ja-Anteil von 11 Prozent bei denjenigen mit Wunsch nach mehr Staatseingriffen. Und Personen, denen Solidarität wichtiger als Eigenverantwortung ist, haben auch grossmehrheitlich nicht Ja gestimmt: 13 Prozent Ja-Anteil gegenüber Personen, denen Eigenverantwortung wichtiger ist. Bei zweiteren lag der Ja-Anteil bei 38 Prozent.

Tabelle 14: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	25.2	2475	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=-.26***
linksausen (0-2)	8	302	± 3
links (3-4)	16	483	± 3.3
Mitte (5)	26	617	± 3.5
rechts (6-7)	38	512	± 4.2
rechtsausen (8-10)	36	328	± 5.2

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Parteisympathie			V=.32***
SVP	31	461	± 4.2
FDP	51	369	± 5.1
Die Mitte	22	303	± 4.7
GLP	40	176	± 7.3
SP	9	450	± 2.6
Grüne	9	161	± 4.5
andere Partei	27	130	± 7.7
keine	19	230	± 5.1
Vertrauen in Gewerkschaften			V=.29***
sehr gering bis gering (0-4)	41	808	± 3.4
mittel (5)	21	525	± 3.5
hoch (6-7)	17	531	± 3.2
sehr hoch (8-10)	10	396	± 2.9
Vertrauen in Wirtschaftsverbände			V=.21***
sehr gering bis gering (0-4)	17	982	± 2.3
mittel (5)	29	608	± 3.6
hoch (6-7)	36	399	± 4.7
sehr hoch (8-10)	42	174	± 7.4
Wertehaltung: A) eine Schweiz mit mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft oder B) eine Schweiz mit mehr Wettbewerb auf dem Markt			V=.25***
mehr Staatseingriffe	11	483	± 2.8
gemischte Wertehaltung	22	852	± 2.8
mehr Wettbewerb	39	827	± 3.3
Wertehaltung: "eine Schweiz, in der die Solidarität wichtiger ist als die Eigenverantwortung, oder eine Schweiz, in der die Eigenverantwortung wichtiger ist als die Solidarität?"			V=.23***
Solidarität wichtiger	13	687	± 2.5
gemischte Wertehaltung	24	930	± 2.7
Eigenverantwortung wichtiger	38	693	± 3.6

INSGESAMT haben die Subgruppen gemäss soziodemografischen Merkmalen alle mehrheitlich Nein gestimmt (Tabelle 15).

IM DETAIL ist auffällig, dass Personen im Alter von 30–39 Jahren und im Alter von 70 Jahren und älter am ehesten Ja gestimmt haben (30% resp. 32% Ja-Anteil). Ebenfalls haben Personen mit längerer formaler Bildung eher Ja gestimmt (29%) als solche mit kurzer formaler Bildung (21%). Personen mit einem höheren Haushaltseinkommen (bei über CHF 11'000, 31%) haben ebenfalls eher Ja gestimmt als solche mit mittlerem oder geringem Einkommen (zw. 5'000 und 7'000 CHF, 23% resp. bis CHF 3'000, 27%).

Tabelle 15: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Total	25.2	2475	
Alter			V=-.12***
18-29 Jahre	23	245	± 5.3
30-39 Jahre	30	273	± 5.4
40-49 Jahre	18	361	± 4
50-59 Jahre	25	507	± 3.8
60-69 Jahre	19	523	± 3.4
70 Jahre und älter	32	566	± 3.8
Geschlecht			V=.04
Frauen	23	1271	± 2.3
Männer	27	1204	± 2.5
Bildungsgrad			V=0.7*
ohne nachobligatorische Bildung	21	258	± 4.9
berufliche Grundbildung/Berufslehre	23	764	± 3
Maturität/höhere Berufsbildung	25	642	± 3.3
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	29	725	± 3.3
Haushaltseinkommen			V=.09*
bis 3'000 CHF	27	97	± 8.9
3'000-5'000 CHF	26	329	± 4.7
5'000-7'000 CHF	23	416	± 4.1
7'000-9'000 CHF	21	375	± 4.2
9'000-11'000 CHF	22	346	± 4.4
über 11'000 CHF	31	599	± 3.7

5.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 16) lassen sich in drei Überkategorien gliedern. Die am häufigsten genannten Argumente für ein Ja finden sich unter dem Titel "Dringlichkeit/Notwendigkeit" (44% der Erstnennungen resp. 62% aller Nennungen). Die anderen beiden thematischen Achsen betreffen "Finanzierung" (15% resp. 22%) und der Gedanke an "individuelle resp. gesellschaftliche Vorteile" (2% resp. 4%).

Beim Hauptargument **DRINGLICHKEIT/NOTWENDIGKEIT** geht es vorrangig um die nötige Anpassung an höhere Lebenserwartungen (32% resp. 44%). Ebenfalls wurde genannt, dass die AHV ohne Erhöhung des Referenzalters in Gefahr ist (4% resp. 6%) und dass es eine zukunftsweisende Initiative ist (5% resp. 6%).

Innerhalb der Argumentation der **FINANZIERUNG** findet sich vor allem der Hinweis an eine Stabilisierung der Finanzierung ohne höhere Lohnbeiträge resp. höhere Mehrwertsteuer (7% aller Erstnennungen, 8% aller Nennungen).

Als dritte Argumentationslinie finden sich **INDIVIDUELLE UND GESELLSCHAFTLICHE VORTEILE** der Vorlage: Zum einen wurde erwähnt, dass ein flexibles Rentenalter sich besser an individuelle Bedürfnisse anpassen lässt (1% aller Erstnennungen, 7% aller Nennungen). Zum anderen wird erwähnt, dass damit die Wirtschaft durch mehr ältere Fachkräfte gestärkt wird.

Tabelle 16: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Dringlichkeit/Notwendigkeit	44	199	62	270
nötige Anpassung an höhere Lebenserwartung	32	143	44	191
AHV ist in Gefahr ohne Erhöhung des Referenzalters	4	23	6	34
zukunftsweisende Initiative	5	21	6	26
Finanzierung	15	77	22	114
Stabilisierung ohne höhere Lohnbeiträge/Mehrwertsteuer	7	37	8	46
immer weniger Erwerbstätige finanzieren die Rente einer Person	1	4	2	8
Verluste bei der AHV/negative Umlageergebnisse	0	1	2	5

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Individuelle/gesellschaftliche Vorteile	2	13	4	51
flexibles Rentenalter lässt sich besser an individuelle Bedürfnisse anpassen	1	8	7	28
Stärkung der Wirtschaft durch mehr ältere Fachkräfte	1	3	4	14
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	5	28	7	39
Anderes	6	43	17	87
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	4	66	6	96
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	1	4	2	6
weiss nicht / kein Grund angegeben	22	241	68	503

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **NEIN-MOTIVEN** standen drei Argumente im Vordergrund (Tabelle 17): Die Nein-Stimmenden verweisen auf die Unfairness der Vorlage (39% aller Erstnennungen resp. 59% aller Nennungen), auf die Unausgereiftheit der Vorlage (17% resp. 26%) und auf explizit persönliche Gründe (5% resp. 7%).

Am häufigsten wurden die **UNFAIRNESS** betont. Diese Kritik konkretisiert sich hierbei in den folgenden drei Aussagen: Mit 65 Jahren hat man bereits genug gearbeitet (11% aller Erstnennungen, 15% aller Nennungen), dass die Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitnehmenden bereits heute ein Problem ist (8% resp. 13%) und dass nicht alle physisch oder psychisch in der Lage sind, länger zu arbeiten (7% resp. 11%).

Die zweite Gruppe von Nein-Motiven betont, dass die Vorlage **NICHT AUSGEREIFT** ist: Es gibt Kritik am Automatismus, der zu wenig Flexibilität bieten würde (8% aller Erstnennungen, 11% aller Nennungen). Ebenfalls wird erwähnt, dass es bessere Finanzierungsquellen für eine Stabilisierung gibt (3% resp. 6%). Schliesslich wird auch angegeben, dass eine Erhöhung des Rentenalters nicht nötig ist, weil die Finanzierung für das nächste Jahrzehnt bereits gesichert ist (4% resp. 5%).

Schliesslich wurde auch oftmals ein explizit persönlicher Grund angegeben: Nämlich, dass man nicht länger arbeiten möchte (5% aller Erstnennungen, 6% aller Nennungen).

Tabelle 17: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Unfairer Vorschlag	39	653	59	983
mit 65 Jahren hat man bereits genug gearbeitet	11	209	15	275
Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitnehmenden ist bereits heute ein Problem	8	139	13	211
nicht alle sind physisch/psychisch in der Lage, länger zu arbeiten (z.B. bei schwerer körperlichen Arbeit)	7	112	11	193
Unausgereifter Vorschlag	17	324	26	479
Kritik an Automatismus/fehlender Flexibilität der Berechnung	8	158	11	223
es gibt bessere, alternative Finanzierungsquellen für eine Stabilisierung	3	51	6	97
Erhöhung des Rentenalters ist nicht nötig/Finanzierung für das nächste Jahrzehnt bereits gesichert	4	65	5	80
Persönliche Gründe	5	81	7	112
möchte nicht länger arbeiten	5	68	6	90
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	6	113	9	156
Anderes	1	22	2	39
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	22	1	30
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	2	35	3	52
weiss nicht / kein Grund angegeben	29	554	72	1322

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 18 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu den vorerwähnten Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede ausfallen, desto eher waren sie bei der Abstimmung über die Renteninitiative entscheidungsrelevant.

Die Stimmenscheide fielen inhaltlich vergleichsweise sehr fundiert aus⁴: 82 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten im Durchschnitt einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt. Der Grund für den vergleichsweise tiefen Wert ist, dass die Nein-Stimmenden auch den Ja-Argumenten mehrheitlich zustimmten.

⁴ [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

INSGESAMT überzeugten Kontra-Argumente deutlich besser als Pro-Argumente. Alle drei Kontra-Argumente fanden unter den Stimmenden mehrheitliche Zustimmung. Bei den Pro-Argumenten erreichte keines eine mehrheitliche Zustimmung.

Die **PRO-ARGUMENTE** erhalten in der gesamten Stimmbevölkerung mehrheitliche Ablehnung. Die Ja-Stimmenden finden aber grossmehrheitlich zwei Argumente überzeugend: 85 Prozent der Ja-Stimmenden stimmen zu, dass eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters wie dies im Ausland bereits schon der Fall ist, notwendig ist, um die Nachhaltigkeit der AHV zu sichern. Auch finden 83 Prozent, dass es aufgrund der steigenden Lebenserwartung vernünftig ist, länger zu arbeiten. Während diese zwei Argumente eine Mehrheit der Ja-Stimmenden erreicht, ist dies beim dritten Argument nicht der Fall: Dem Argument, dass der Zuwanderung in den Schweizer Arbeitsmarkt entgegenwirkt werden kann, wenn inländische Fachkräfte länger zur Verfügung stehen, stimmten 40 Prozent der Ja-Stimmenden zu, jedoch 41 Prozent der Ja-Stimmenden nicht.

Alle drei **KONTRA-ARGUMENTE** haben eine Mehrheit erreicht. 71 Prozent aller Stimmenden kritisieren, dass die Vorlage die Realität ignoriert, wonach Menschen über 60 bereits heute Schwierigkeiten haben, Arbeit zu finden. Fast ebenso viele (70%) stimmen dem Argument zu, dass die soziale Ungleichheit gefördert wird, weil der Mittelstand und die Unterschicht länger arbeiten müssten, während Top-Verdienende sich frühzeitig pensionieren lassen könnten. Eine knappe Mehrheit von 52 Prozent kritisiert, dass der Automatismus nicht der direktdemokratischen Schweiz entspricht, weil die Diskussion nach dem angemessenen Rentenalter nicht mehr stattfinden kann.

Tabelle 18: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
So wie es im Ausland auch schon der Fall ist, ist auch in der Schweiz die schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre ein notwendiger Schritt, um die Nachhaltigkeit der AHV zu sichern.	Total	40	54	7
	Ja-Stimmende	85	12	3
	Nein-Stimmende	25	68	6
Angesichts unserer steigenden Lebenserwartung ist es vernünftig, auch länger zu arbeiten. Die Bindung des Rentenalters an die Lebenserwartung, mit einer Erhöhung um etwa einen Monat pro Jahr ab 2033, stellt eine faire und nachhaltige Lösung dar.	Total	34	58	8
	Ja-Stimmende	83	12	4
	Nein-Stimmende	18	74	8
Weil inländische Fachkräfte länger zur Verfügung stehen, wird die Zuwanderung in den Schweizer Arbeitsmarkt sinken.	Total	19	61	20
	Ja-Stimmende	40	41	19
	Nein-Stimmende	13	68	19
Kontra-Argumente				
Die Erhöhung des Rentenalters ignoriert die Realität, dass Menschen über 60 bereits heute Schwierigkeiten haben, Arbeit zu finden. Viele enden in Langzeitarbeitslosigkeit oder Sozialhilfe, was die Initiative verschlimmern würde.	Total	71	22	7
	Ja-Stimmende	35	59	7
	Nein-Stimmende	84	10	6
Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen wären gezwungen länger zu arbeiten, während sich Topverdiener frühpensionieren lassen können. Dies verstärkt die Ungerechtigkeit im Rentensystem und verhindert einen würdigen Ruhestand für alle.	Total	70	23	7
	Ja-Stimmende	38	55	7
	Nein-Stimmende	82	13	5
Die Frage nach einem angemessenen Rentenalter wird der politischen Diskussion entzogen und durch eine mathematische Formel ersetzt. Dies entspricht nicht der direktdemokratischen Schweiz.	Total	52	26	21
	Ja-Stimmende	26	56	18
	Nein-Stimmende	62	17	21

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 40 Prozent aller Stimmenden (sowie 85% aller Ja-Stimmenden bzw. 25% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass die schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre ein notwendiger Schritt ist, um die Nachhaltigkeit der AHV zu sichern. 54 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 7 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente: Total 2'622 Ja-Stimmende 671, Nein-Stimmende 1'804.

6 Anhang

6.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 3. März 2024, die das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 4. und dem 25. März 2024 durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

Tabelle 19: Technischer Kurzbericht

Merkmal	Ausprägung
Auftraggeber	Schweizerische Bundeskanzlei
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS
Datenerhebung	Papierfragebogen und Online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random Sprachregionen, Alter, Geschlecht
Befragungszeitraum	4. bis 25. März 2024
Stichprobengrösse	minimal 3'000 effektiv 3'277 (Papier: 1'413 Online: 1'864) n DCH: 1'988 n FCH: 887 n ICH: 402 (Papier: n DCH: 782 n FCH: 437 n ICH: 194) (online: n DCH: 1'206 n FCH: 450 n ICH: 208)
Stichprobenfehler	± 1.7 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)

6.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

6.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone, die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmende aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 6.1.4 Gewichtung).

Von den beim BFS bestellten 7'500 Adressen haben wir 7'624 erhalten sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'543 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

6.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 3. März 2024 umfasst insgesamt 3'277 Befragte (Ausschöpfung: 44%), wovon 61 Prozent aus der Deutschschweiz (n=1'988), rund 27 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=887) und rund 12 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=402) stammen.

Tabelle 20: Ausschöpfung der Adressen

Merkmal	N
Bruttostichprobe SRPH	7'624
Postretouren/verstorbene Zielpersonen	104
total gültige Adressen	7'520
Verweigerung/Abmeldungen	36
total realisierte Interviews	3'331
keine Rückmeldung trotz Erinnerungsschreiben	4'153
Löschungen aus Qualitätsgründen	54
final verwendete Interviews	3'277

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+21,6 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten Rahmen (siehe andere VOX-Analysen). Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat gemessen am Ja-Anteil beträgt +0,2 Prozentpunkte bei der Initiative für eine 13. AHV-Rente und +1.9 Prozentpunkte bei der Renteninitiative.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 54 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und zum Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei [Swissvotes \(Swissvotes.ch\)](https://www.swissvotes.ch) frei zugänglich.

6.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die "Unit Non Response" (das heisst fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der Schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte erfolgt rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximalen Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellem Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischen Merkmalen identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturerhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels "One-Hot-Encoding" anhand der relativen Schätzungen zu Teilnahme und Stimmverhalten sowie realen Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrößen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihren modellierten Werten gewichtet werden.

Die Gewichtung der Vorlage mit der höchsten Stimmbeteiligung dient als Gewichtung für Auswertungen über den gesamten Datensatz. Für vorlagenspezifische Auswertungen werden die jeweiligen Gewichtungen verwendet.

6.1.5 Auswertung und Standardfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 % Ja-Stimmen und 50 % Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Standardfehler +/-3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95-Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Die Länge des Konfidenzintervalls erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Standardfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Tabelle 21: Standardfehler

ausgewählte statistische Standardfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung			
Stichprobengrösse		Standardfehler Basisverteilung	
		50% zu 50%	20% zu 80%
N =	3'000	±1.8 Prozentpunkte	±1.4 Prozentpunkte
N =	2'200	±2.1 Prozentpunkte	±1.7 Prozentpunkte
N =	1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N =	600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N =	100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N =	50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Die Zahlenwerte basieren auf der Varianzformel für einfache Zufallsstichproben.

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene Abstimmenden, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden (grosse Effektstärke gilt ab $V = 0.5$, mittlere Effektstärke ab $V = 0.3$ und kleine Effektstärke bis $V = 0.1$). Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da die Berechnung von Cramer's V von der Anzahl Merkmalskategorien und der Fallzahl abhängt.

6.2 Über die Studie

6.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive der Stimmberechtigten für und gegen die Teilnahme und in Bezug zu den Entscheiden. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, zu den Stimmentscheiden und zu den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](#) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](#); die alten VOX-Berichte sind es bereits.

6.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch.

6.3 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, NDS HF Chief Digital Officer, Dozent an der Hochschule Luzern und dem KPM Universität Bern

✉ lukas.golder@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet

TOBIAS KELLER

Projektleiter und Teamleader Data Analytics, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computergestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet



CORINA SCHENA

Junior Projektleiterin

✉ corina.schena@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Wahlen, Abstimmungen, Gesundheitspolitik,
Gesundheitskampagnen, Image- und Reputationsanalysen,
qualitative und quantitative Methoden sowie Moderation



ALESSANDRO PAGANI

Junior Data Scientist

✉ alessandro.pagani@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Wahlen, Abstimmungen,
Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



MARGRET TSCHANZ

Projektmitarbeiterin/ Administration

✉ margret.tschanz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Recherchen, Lektorate, Visualisierungen,
Projektadministration



ROLAND REY

Projektmitarbeiter / Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen,
Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Corporate Member

gfs.bern 